

Rote Fahne

TRIBÜNE DER ÖSTERREICHISCHEN MARXISTEN-LENINISTEN

Nr. 51

15. Februar 1966

Einzelpreis S 3,-

WAHLVORSCHLAG DER ARBEITERLISTE

MLÖ

IN WIEN-SÜDOST EINGEBRACHT !

Als die sich um die "Rote Fahne" sammelnden österreichischen Marxist-Leninisten am 4. Dezember beschlossen, aktiv in die Kampagne zu den Nationalratswahlen vom 6. März 1966 einzugreifen, entsprachen sie in erster Linie der Erkenntnis, daß infolge der politischen Selbstentmannung der KPÖ in Österreich keine proletarisch-revolutionäre Partei mehr existiert und die große Gefahr bestand, daß es bei den kommenden Wahlen - erstmalig in der Geschichte der 2. Republik - auch keine wirkliche Arbeiteropposition mehr geben werde. Es war eine Aufgabe von historischer Größe, in die drohende Bresche zu springen und zumindest den Versuch zu unternehmen, eine solche kämpferische Opposition neu zu formieren und schon bei diesen Wahlen zur Aktion zu bringen.

Gleichzeitig war uns schmerzlich bewußt, daß sowohl die notwendigen organisatorischen als auch die leider in sehr großem Umfang erforderlichen materiellen Voraussetzungen für eine Kandidatur in größeren Teilen Österreichs oder im ganzen Land noch fehlten. Das galt nicht nur für den um die "Rote Fahne" gebildeten Aktivistenkreis - es galt in noch höherem Maß auch für die schon vorhandenen oder erst in Bildung begriffenen anderen nach revolutionären Wegen suchenden Gruppierungen der österreichischen Arbeiterschaft, deren Entwicklung die notwendige Folge der fortschreitenden Entartung

Seite

Aus dem Inhalt:

- 5 Hängt die Demokratie an einem Mandat ?
- 6 Vor 32 Jahren: 12. Februar 1934
- 8 Und dennoch Koalition ?
- 11 Polizeistaats-Manieren!
- 12 Brief aus dem Burgenland
- 13 Solidarität mit den Raxwerk-Arbeitern
- 16 Zum Thema "Drahtzieher"
- 16 2000 km durch Albanien
- 20 Tatsachen über den chinesisch-kubanischen Handel

von SPÖ und KPÖ ist, und an die sich unser Appell zur Bildung von Arbeiterlisten richtete. Wir waren bereit - und werden das auch in Zukunft sein - solchen ernstlich linken und wirklich kämpferischen Gruppierungen jede uns mögliche Hilfe zu gewähren, ohne von ihnen ein Matura-Zeugnis in Fragen des Marxismus-Leninismus oder die kritiklose Übernahme unserer Ansichten zu verlangen. Wir können das, weil wir wissen, daß die eigene kämpferische Praxis früher oder später unbedingt die Richtigkeit jener revolutionären Theorie erweisen wird deren nicht immer erfolgreiche Schüler wir selber sind.

Für die Aufstellung von Arbeiterlisten gab es in einer Reihe von Wahlkreisen gute Ansätze und erfreuliche Initiativen. Daß sie sich diesmal in vielen Fällen noch nicht durchsetzen konnten, ist nicht zuletzt auch eine Folge der Vorverlegung der Wahlen auf einen Zeitpunkt, der insbesondere für Kandidaturen, die nicht über Millionenmittel und keinen "Apparat" von freigestellten Funktionären verfügen, fast unlösbar Probleme schafft. Die Aufrichtung eines solchen "technischen" Hindernisses ist ja auch einer der Gründe, warum die traditionellen Parteien sich so gerne zu einer Vorverlegung der Wahlen und zu möglicher "Verkürzung des Wahlkampfes" entschließen.

Insbesondere in den Wahlkreisen Obersteier (23) und Wiener Neustadt - Neunkirchen (9, Viertel unterm Wienerwald) scheiterte die Einreichung einer Arbeiterliste diesmal noch an den bestehenden Hindernissen, was nicht nur deshalb außerordentlich bedauerlich ist, weil dort viele tausende Wähler, die seit Jahren und Jahrzehnten treu zur kämpferischen Arbeiteropposition stehen, sich plötzlich allein gelassen oder zum Gegenstand eines üblen Schachers gemacht sehen, sondern vor allem darum, weil dort solcherart eine geradezu ideale Situation für faschistische Demagogen und erzreaktionäre Abenteurer geschaffen wurde, die sich als "einzige Opposition" anbieten, um die berechtigte Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung aufzufangen und für ihre dunklen Zwecke zu mißbrauchen.

Günstiger waren die Vorbedingungen zur Bildung von Arbeiterlisten in den Wiener Wahlkreisen 4 (Wien-Nordost) und 5 (Wien-Südost), in denen es schon jetzt genügend starke Aktivistengruppen gibt, um eine Kandidatur zustandezubringen.

Im Wahlkreis 4, in dem sich die KPO unter dem massiven Druck vieler Mitglieder und Funktionäre (und angesichts unserer Kandidaturvorbereitungen) schließlich doch zu einer Teilkandidatur entschloß, verzichteten die dem Marxismus-Leninismus treu gebliebenen Genossen vorläufig auf die Einreichung einer Arbeiterliste - keineswegs auf Grund irgendwelcher Illusionen über Muhri oder über die ganze heutige KPÖ-Führung, sondern um eine stärkere Konzentration unserer bescheidenden materiellen Mittel auf einen anderen wichtigen Wahlkreis zu ermöglichen, wobei das Bestreben, jenen ehrlichen Genossen eine längere Bedenkzeit zu geben, welche die KPÖ-Kandidatur in diesem Wahlkreis als Erfolg ihres Kampfes gegen die Liquidationspolitik

der ZK-Leute betrachten, natürlich eine gewisse Rolle spielte. Im Wahlkreis 5 (Wien-Südost), der neben Margareten die beiden großen und traditionsreichen Wiener Arbeiterbezirke Favoriten und Simmering mit fast 200.000 Wahlberechtigten umfaßt, war die Situation völlig eindeutig. Der Mitte Jänner gefaßte Beschluß der Aktivisten dieses Wahlkreises zur Aufstellung einer Arbeiterliste MLÖ fand allgemeine Zustimmung und Unterstützung. Obwohl die Sammlung der für die Einbringung des Wahlvorschlags erforderlichen Wähler-Unterschriften erst im letzten Drittel des Jänner anließ, konnte sie bereits eine Woche vor dem gesetzlichen Schlußtermin mit einem bedeutenden "Überschuß" abgeschlossen werden. Die Anstrengungen der revisionistischen Führung der KPÖ, mittels Verbreitung von Verleumdungen und Falschmeldungen einen Unterschriftenboykott zu organisieren, scheiterten ebenso kläglich wie ihr späteres Bemühen, einzelne Unterstützer der Arbeiterliste MLÖ unter Druck zu setzen und ihnen die Zustimmung zu einer in der Bezirksleitung aufgesetzten "Erklärung" abzunötigen, wonach die Unterschrift wieder "zurückgezogen" sei und somit auf dem Wahlvorschlag gestrichen werden müsse. Es freut uns, feststellen zu können, daß diese niedrigen Versuche nicht so sehr an der Tatsache unseres soliden Unterschriften-Überschusses, sondern vor allem daran zerbrachen, daß Menschen, die mit einer kämpferischen Arbeiteropposition sympathisieren, eben keine revisionistischen Hampelmänner sind.

Der Wahlvorschlag der Arbeiterliste MLÖ im Wahlkreis Wien-Südost wurde am 9. Februar ordnungsgemäß bei der Wahlkreisbehörde eingebracht.

Was die bei den bürgerlichen und reformistischen Parteien so schwierige Frage betrifft, welche Personen auf der Kandidatenliste aufscheinen sollten, gab es bei der Arbeiterliste MLÖ keinerlei Probleme. Allen war es klar und selbstverständlich, daß es richtige Arbeiter sein mußten, Menschen mit gesundem Klassenbewußtsein und praktischer Erfahrung in der Arbeiterbewegung, keine "Repräsentanten" und Würdenträger, aber auch keine rückgrat-



Varfation zu einem SPÖe-Wahlplakat.
(Aus der "Volksstimme" vom 4. April 1959)

losen Apparatmenschen, keine politischen Pin-up-Girls und Reklamefiguren, sondern einfache, gerade Vertreter ihrer Klasse, die sagen, was sie denken und tun, was sie sagen: eben - Arbeiter. Die Genossen Karl Horn und Rudolf Spicl entsprechen diesen Bedingungen und so wurden sie einstimmig nominiert.

Obwohl Genosse Karl Horn erst 40 Jahre alt ist, verfügt er über eine fast zwanzigjährige Erfahrung in der Arbeiterbewegung. Beruflich ist er als Chauffeur tätig. In Favoriten, wo er daheim ist, widmete er fast eineinhalb Jahrzehnte lang seine ganze Freizeit dem vielfältigen Aufgabenbereich eines Gebiets-Org. Leiters der KPÖ (in den Gebietsorganisationen 4, 14 und 15). In der Zeit, als der damalige Bezirkssekretär Frischauer mit seinen Theorien der Verwandlung der KPÖ in ein "linkes" Anhängsel des SP-Vorstandes auftrat, war Genosse Horn einer der konsequentesten Verfechter einer prinzipienfesten marxistisch-leninistischen und antirevisionistischen Politik, was vielen Genossen erleichterte, die Gefährlichkeit der Frischauerschen Wege zu erkennen. Später, als die KPÖ-Führung selber jene Politik übernahm, derentwegen Frischauer nicht lange vorher aus der Partei ausgeschlossen wurde, zog Genosse Horn gemeinsam mit anderen Genossen die Konsequenzen und schloß sich den Aktivisten der "Roten Fahne" an.

Genosse Rudolf Spicl ist 43 Jahre alt. Da Hitler 1938 den Betrieb liquidieren ließ, in dem Genosse Spicl eine Lehrstelle als Schriftsetzer hatte, konnte er nicht auslernen. Nach wechselnden Beschäftigungen in diversen Betrieben ist er heute als Fensterputzer bei einer großen Reinigungsfirma tätig. 1946 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft kommend, schloß sich Genosse Spicl sofort der "Freien Österreichischen Jugend" an und trat bald danach auch der KPÖ bei. In der FÖJ arbeitete er viele Jahre hindurch als Mitglied diverser Leitungen, einschließlich der Wiener Landesleitung der FÖJ, und half nicht nur in seinen Heimatbezirken Simmering und Favoriten, sondern auch in anderen Bezirken am Aufbau von Jugendgruppen mit. Vielen FÖJ- und Parteimitgliedern ist er auch als zeitweiliger organisatorischer Leiter des zentralen FÖJ-Chors bekannt. In der KPÖ bekleidete er einige Zeit die Funktion eines Gebietsobmanns. Im August vorigen Jahres wurde Genosse Spicl wegen seiner Mitarbeit an der von einer antirevisionistisch orientierten Gruppe junger Marxisten gegründeten Zeitschrift "Funke" per Einschreibe-Brief (!) aus der KPÖ für "ausgeschlossen" erklärt. Genosse Spicl hat diesen Geniestreich willfähriger Apparatschiks mit einer Verstärkung seiner politischen Aktivität im Sinne der revolutionären Arbeiterbewegung beantwortet.

Die Arbeiterliste MLÖ wird also nur in einem Wahlkreis offiziell kandidieren. Von rund 4 Millionen österreichischen Wählern werden nur knapp 200.000 einen Stimmzettel bekommen, auf dem die Arbeiterliste MLÖ amtlich registriert ist und bei der Wahl angekreuzt werden kann. Dennoch wird es bei den kommenden Wahlen eine in ganz Österreich einheitliche Wahlparole der österreichischen Marxisten-Leninisten geben! Wir werden die prinzipienlose und lächerliche "Ein Pfeil hin - ein Pfeil her"-Propaganda der Revisionisten in keiner Form kopieren. Was uns auf der einen Straßenseite recht ist, wird uns auch auf der anderen billig sein, ob sie sich nun im selben oder schon im benachbarten Wahlkreis befindet. Wir wählen nicht nach geographischen Gesichtspunkten hier dieses und dort jenes, sondern nach einem eindeutigen und einheitlichen politischen Gesichtspunkt:

Im Wahlkreis 5 (das sind die Wiener Bezirke 5, 10 und 11), wo die Arbeiterliste MLÖ offiziell kandidiert, rufen wir zur Wahl dieser Liste, zur Wahl der einzigen Liste einer echten proletarischen Opposition bei diesen Wahlen, auf!

In allen anderen Wahlkreisen rufen wir auf, sinngemäß das

selbe zu tun - bloß mit dem rein formellen Unterschied, daß auf den dortigen Stimmzetteln die Bezeichnung "Arbeiterliste MLÖ" noch fehlt, weshalb sie der Wähler selbst eintragen muß, indem er die Kurzbezeichnung **MLÖ** quer über den Stimmzettel schreibt!

Genossen! Freunde! Arbeiter, die Ihr mit Recht unzufrieden seid und dieser Unzufriedenheit wirkungsvollen Ausdruck verleihen wollt: Nützt die letzten Wochen vor der Wahl für einen sichtbaren Erfolg der kämpferischen Arbeiteropposition!

Keine Stimme den Koalitionsparteien und ihren rechten und "linken" Anhängseln!

RF.

Hängt die Demokratie an einem Mandat?

Nach den ersten Schüssen der beiden Regierungsparteien ist es so, daß beide einander beschuldigen, die Alleinherrschaft anzustreben, gleichzeitig aber beide einander versichern, daß sie, unabhängig vom Wahlausgang, schon jetzt entschlossen sind, auch nach den Wahlen wieder zusammen in einer Koalition zu regieren.

In ihrem Wahlinserat argumentiert die SPOe so: Im letzten Nationalrat saßen 82 Abgeordnete der OeVP. Wenn nur ein einziges Mandat dazukäme, dann wäre alles aus. Aus eigentlich mit der ganzen Demokratie und dem Parlament, denn mit 83 Mandaten könnte die OeVP allein regieren, und Bundeskanzler Raab hat am 18. Oktober 1958 ausdrücklich erklärt, daß Seipel und Dollfuß seine Vorbilder sind. Und die haben bekanntlich Demokratie, Parlament und schließlich ganz Oesterreich in den Abgrund geführt. Ja, das ist schon wahr. Aber, und hier beginnt das Aber des denkenden Wählers: Seit Jahr und Tag regieren SP und VP gemeinsam, und seit Jahr und Tag erklären die SP-Führer, daß darin die Garantie der — Demokratie liegt! Was immer der Sozialist an Bedenken geäußert hat in all den Jahren über die Art der SP-Zusammenarbeit mit der VP, wurde immer versichert: Vertraue uns dennoch, wähle uns dennoch, denn wir, die SP, sind die Garanten der Demokratie — in Oesterreich und in der Welt. Waren sie es? Sind sie es? Sie waren es nirgends, wo es darauf ankam, nicht in Frankreich, wo der SP-Mollet den Putsch-Gaullisten in den Sattel geholfen hat. Und sie sind es nicht bei uns. Denn was ist das für eine Garantie, für ein Schutz der Demokratie, wenn man jetzt sagt: Alles hängt von einem einzigen Mandat ab! Nach 15 Jahre Zusammenarbeit mit der OeVP hängt also alles wie an einem Faden nur, an einem einzigen Mandat? Für jeden denkenden Wähler ist diese Wahlplattform der SPOe ein Alarmsignal. Weit gebracht! Wer hätte das vor 15 Jahren für möglich gehalten?

Und jetzt sagt es die SPOe selbst: Das Ergebnis von 15 Jahren ihrer Zusammenarbeit mit der OeVP hat die Demokratie nicht gestärkt, gefestigt und garantiert, sondern Oesterreich unmittelbar zur Dollfuß-Straße, an den Rand des Abgrundes geführt. Und dafür soll man sie wählen? Das wird denkenden Menschen zugemutet?

(Aus einem gerade heute wieder sehr aktuellen Leitartikel der "Volksstimme" vom 1.4.1959, vor den damaligen Wahlen).

Und eine weitere treffende Antwort auf das alte SP-Argument, man müsse Pittermann wählen, um die Alleinherrschaft der ÖVP zu verhindern ("Volksstimme" vom 19.4.59):

ABER DIE ÖVP HAT SOGAR SCHON

84 Mandate gehabt, die absolute Mehrheit im Parlament. Das war 1945 bis 1948. Und doch hat sie damals nicht einmal davon zu träumen gewagt, ihre Alleinherrschaft aufzurichten. Warum damals nicht und heute ja? Dem auf den Grund zu gehen, ist sehr wichtig, gerade bei dieser Wahl. Damals hatte die OeVP zwar 84 Mandate und die absolute Mehrheit im Parlament, aber die Macht des Kapitals war damals recht schwach, die Möglichkeiten der Arbeiterklasse waren sehr groß. Deshalb war damals die OeVP trotz ihren 84 Mandaten recht kleinlaut. Seither aber ist infolge der unseligen SP-Koalitionspolitik, durch die die Arbeiterschaft an Händen und Füßen gefesselt wurde: die Macht des Kapitals und damit auch die Macht der OeVP bedeutend gestiegen. Heute fühlt sie sich daher in der Lage, aufzutumpfen und den Herrn zu spielen. Das ist der Grund, warum vor zehn Jahren die OeVP auch mit 84 Mandaten den Griff nach der Alleinherrschaft nicht wagen konnte, heute aber die SP vor einem 83. OeVP-Mandat in Panik macht. Im Grund genommen ist der panische Abwehrruf, „nur kein 83. VP-Mandat, sonst haben wir die VP-Diktatur“, das Eingeständnis, daß man die Arbeiterschaft viele Jahre über das Wesen des Koalitions- und „Sozialpartners“ getäuscht und irregeführt hat.

Vor 32 Jahren: 12. Februar 1934

Am Samstag, den 12. Februar d. J., veranstaltete die Arbeiterliste MLÖ anlässlich des 32. Jahrestags der Februarkämpfe von 1934 im Gemeindebau Quellenhof in Wien, wo damals sozialistische, kommunistische und parteilose Arbeiter den bewaffneten Banden der Reaktion energischen Widerstand leisteten, eine schlichte Gedenk-Versammlung.

Im Hof des weitläufigen Baues, in dem nicht einmal eine kleine Gedenktafel an die heldenhaften Arbeiter erinnert, die hier im Kampf gegen den Faschismus, für die proletarische Sache, ihr Blut und in vielen Fällen auch das Leben gegeben haben, hielt einer der anwesenden Genossen eine kurze Rede, deren Text wir nachstehend wiedergeben. Mit dem Absingen der "Internationale" schloß die Veranstaltung.

Genossen! Freunde!

In diesem Arbeiter-Wohnblock, wie in vielen anderen, mußten am 12. Februar 1934 einfache Arbeiter zu den Waffen greifen, um die Demokratie gegen den grün-schwarzen Faschismus zu verteidigen.

Ihr heldenhafter Kampf endete mit einer Niederlage. Nicht nur der Kampf, auch die Rachsucht der sich "christlich-sozial" nennenden Sieger kostete vielen der mutigen Kämpfer das Leben.

Kein Denkmal und keine Gedenktafel erinnert heute hier an den Kampf und die Opfer dieser Helden. Aber es gibt - wie ein römischer Dichter es ausdrückte - ein Denkmal, das dauerhafter ist als Erz und Stein: das ist das Wirken und Fortwirken des wahrhaft Großen. Ein solches Denkmal haben die Helden des 12. Februar sich selbst errichtet. Vor diesem unzerstörbaren Denkmal stehen wir heute, um der unvergeßlichen Kämpfer und der Bedeutung ihres heroischen Kampfes für uns zu gedenken.

Damals am 12. Februar 1934 fragten sich die österreichischen Arbeiter: Wie konnte es zu all dem denn überhaupt kommen? Ja, wie konnte es überhaupt dazu kommen?

Hatte die österreichische Arbeiterklasse nicht eine mächtige Partei? War nicht in dieser Partei die "Einheit der Arbeiterklasse" verwirklicht? Hatten die österreichischen Arbeiter nicht seit 1914 die Waffen in der Hand, mit denen sie jene, die sie ins Massengrab schicken wollten, hätten davonjagen können? Hatten die Arbeiter nicht auch 1918 die Waffen in der Hand, um die an dem Blutbad des Ersten Weltkriegs Schuldigen endgültig unschädlich zu machen? Lag damals die Macht nicht geradezu auf der Straße?

Ja, die österreichischen Arbeiter hatten zur Zeit der Gründung der Republik alle Möglichkeiten und Mittel, um die Macht in ihre eigenen Hände zu nehmen, das kapitalistische Ausbeutersystem zu beseitigen und den Sozialismus zu errichten: sie hatten die Partei, in der ihre Einheit verwirklicht schien, sie hatten die Waffen, um jeden Widerstand der zerrütteten und fast bis zur Ohnmacht geschwächten Staatsmacht der Kapitalisten zu brechen, es gab einen die breitesten Massen ergreifenden Willen zur Änderung des Systems und

die Bereitschaft hunderttausender Menschen, dafür in den Kampf zu gehen. Es fehlte nur eines: eine Führung, die bereit gewesen wäre, die Partei, die Massen und die Waffen für den Kampf um den Sozialismus einzusetzen.

Jene Männer, denen die österreichische Arbeiterklasse vertraute, verkündeten 1914 den "Tag der Nation" und schickten das arbeitende Volk in das bis damals gewaltigste Blutbad, in den imperialistischen Krieg. Aber 1918 verkündeten sie, man müsse auf die proletarische Revolution verzichten, um "Blutvergießen" zu vermeiden. Man werde in Österreich "unblutig", durch Wahlsiege, ganz friedlich zur Macht

gelangen und durch einfachen Mehrheitsbeschluß im Parlament den Sozialismus dekretieren.

Es war und blieb lange eine kleine Minderheit der österreichischen Arbeiterschaft, die den Verrat der Führer der Sozialdemokratie erkannte und sich in der Kommunistischen Partei neu organisierte.

Die überwiegende Mehrheit vertraute den sozialdemokratischen Führern und ihrer bequemen Theorie vom friedlichen Weg "ohne Blutvergießen". Sie vertraute ihnen auch noch, als "Frontkämpfer"- und Heimwehrverbände begannen, Arbeiterfunktionäre zu ermorden, und sie vertraute ihnen sogar noch nach dem Juli 1927, als der Protest gegen den Freispruch der Schattendorfer Arbeitermörder mit der Ermordung von 90 Wiener Arbeitern durch die Staatsmacht beantwortet wurde. Aber dieses Vertrauen auf



Großartig "funktionierte" das österreichische Bundesheer im Februar 1934, als es gegen die Arbeiter ging. Im März 1938 freilich, als es galt, die Existenz Österreichs zu verteidigen, feuerte es keinen einzigen Schuß ab! (Im Bild: das Cafe im Goethehof in Kaisermühlen nach der Erstürmung durch die "Ordnungsmacht")

Und dennoch Koalition?

Denn die Führung der SPOe hat sich klipp und klar für die Fortsetzung der Koalition und Zusammenarbeit mit der Galgenpartei, mit der Kapitalistenpartei, der Erbin und Nachfolgerin der Austrofaschisten auch nach den Wahlen ausgesprochen. Diesbezüglich klare und bestimmte Äußerungen liegen vor, sowohl von Helmer wie Schärff, von Pittermann wie Dr. Koref.

Was für Nutzen kann aber dem arbeitenden Volke aus dieser Zusammenarbeit erwachsen? Offensichtlich gar keiner. Im Gegenteil, auf diesem Wege rutschen wir nur immer tiefer in den kapitalistischen Morast und in die politische und wirtschaftliche Reaktion hinein.

(Aus einem Leitartikel der KPÖ-
Presse vom Mai des Jahres 1956)

★

Die Ziele der kapitalistischen und klerikalen Reaktion in der Volkspartei sind offenkundig — aber die SPOe ist keine Gegenkraft.

Sie hat kein anderes Programm, als die Koalitionspolitik der Vergangenheit fortzusetzen.

Fortsetzung der Koalition bedeutet, daß es vollkommen gleichgültig ist, ob eine der beiden Parteien ein paar Mandate gewinnt oder verliert — denn im Koalitionsausschuß, der alle Entscheidungen trifft, sind beide Parteien in gleicher Stärke vertreten, und zu seinen Beschlüssen ist Einstimmigkeit erforderlich. Daran wird sich auch nach den Wahlen nichts ändern — und das betrogene Volk wird den Bankrott der Koalitionspolitik zu bezahlen haben.

Es geht daher bei diesen Wahlen nicht darum, welche der beiden Regierungsparteien einen kleinen Vorsprung hat — sondern es geht darum, mit beiden Regierungsparteien und ihren Ministern in der FPOe abzurechnen.

(Aus einer Erklärung des ZK der
KPÖ zu den Wahlen vom Mai 1959)

★

Wie soll die Linkstimmung unter den Mitgliedern und Funktionären der SPOe unter solchen Umständen Ausdruck finden? Mit dem Stimmzettel für die SP? Jeder solche Stimmzettel wird ja nachher vom Parteivorstand der Opposition unter die Nase gehalten, als Beweis dafür, daß die Mitglieder und Funktionäre doch hinter der Politik des Parteivorstandes stehen und sie gutheißen! Jeder Stimmzettel für die SP ist ein Stimmzettel für den Parteivorstand und seine Politik.

(Aus einem KPÖ-Leitartikel vom
26. April 1956)

die Führer, die jeden Kampf vermeiden wollten, rächte sich bitter. Denn der Kampf, den man sich ersparen, und die Opfer, die man vermeiden wollte, ließen sich weder ersparen noch vermeiden. Gerade das Zurückweichen vor dem unvermeidlichen Kampf stärkte und ermutigte die Reaktion, die im Februar 1934 zu dem blutigen Entscheidungsschlag ausholte, der vielfache Opfer forderte und mit der Niederlage der Arbeiter endete.

Als damals die österreichischen Arbeiter zu den Waffen griffen, weil es gar keinen anderen Weg mehr gab, standen sie einer gestärkten, wohlorganisierten und offensiven Staatsmacht gegenüber. Erst jetzt, von den meisten ihrer Führer im Stich gelassen, mit wenigen Waffen und ohne zentrale Führung, erkannten die Arbeiter — zu spät — wieso es überhaupt so weit gekommen war.

Sie erkannten damals:

Auch eine noch so große Partei, die von Führern geleitet wird, die dem Kampf ausweichen, ist keine Kraft, auf die man sich in schwierigen Situationen stützen kann!

Die Politik des "kleineren Übels", die darin besteht, dem Kampf gegen die großen Übel auszuweichen, indem man sogenannte kleinere Übel widerstandslos hinnimmt, führt letzten Endes zum größten Übel. Denn die "kleinen Übel" werden rasch größer und münden unweigerlich in die Katastrophe, die man mit der Politik des kleineren Übels aufzuhalten versprach.

Die Opfer, die der Kampf um den Sozialismus erfordert, kann man nicht vermeiden, indem man den Kampf selbst vermeidet.

Denn früher oder später wird der Kampf vom Gegner aufgezwungen — unter den für ihn günstigsten Bedingungen — und führt dann zu viel mehr Opfern, wenn nicht überhaupt zu einer furchtbaren Niederlage.

Die Einheit der Arbeiterklasse konnte nicht in einer Partei verwirklicht sein, die im Februar 1934 wie ein Kartenhaus zusammenfiel. Die wirkliche, nicht bloß formelle Einheit wuchs erst in den Wohnblocks, in denen So-

zialisten, Kommunisten und parteilose Arbeiter gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind kämpften. Diese kämpferische Einheit hätte siegen können, wenn es damals schon eine starke revolutionäre Partei, eine kampfbereite und zielklare Führung gegeben hätte.

Diese Erkenntnisse, von den Schüssen der Dollfuß-Kanonen ins Bewußtsein der Arbeiter gehämmert, waren es, die nach dem Erlebnis des Februar 1934 tausende arbeitende Menschen, vor allem die aktivsten Kämpfer, in die Reihen der kommunistischen Partei führten.



In vieler Beziehung befinden wir uns heute in einer ähnlichen Lage wie die österreichischen Arbeiter im Februar 1934, als sie sich fragten: Wie ist es überhaupt so weit gekommen?

Heute ist die Reaktion - ob grün, ob schwarz, ob braun - frecher denn je seit Neugründung der Republik. Mit Recht spricht man von der Gefahr, die den politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse von den Rechtsextremisten in der ÖVP, aber auch von seiten der FPÖ und von arbeiterfeindlichen Demagogen der Olah-Partei her droht.

Aber wieso konnte es wieder so weit kommen? Wieso konnten die Gefahren von Jahr zu Jahr größer, die Reaktion von Jahr zu Jahr frecher werden?

War nicht im Jahr 1945 der faschistische Staatsapparat zerschlagen? Hatten sich damals die Kapitalisten nicht wieder in alle Winkel verkrochen? Hatten die Arbeiter damals nicht wieder alle Möglichkeiten gehabt, unter verhältnismäßig geringen Opfern den Kapitalisten endgültig die Macht zu entreißen? Sprach nicht damals sogar die ÖVP von einem "revolutionären" Österreich?

Und jetzt droht dieselbe ÖVP mit

Die Packelei der rechten SP-Führer mit den Schwarzen

hat dazu geführt, daß die Kapitalisten in Oesterreich jetzt Profite einheimsten wie nie zuvor, während der Lebensstandard der arbeitenden Menschen nach wie vor äußerst niedrig ist. Sie hat dazu geführt, daß die Volkspartei ihre Pläne zur Aufstellung eines Bundesheeres, in dem alle führenden Stäbe und Offizierskader mit Vertrauensmännern der OeVP besetzt sind, die zum Großteil ihre Karriere in der deutschen Wehrmacht gemacht haben, verwirklichen konnte. Diese Politik hat zur Preisgabe des Wohnungsanforderungsgesetzes geführt; sie hat dazu geführt, daß die Renten nach wie vor äußerst niedrig sind und daß die mehr als eine halbe Million Altrentner auch im neuen ASVG leer ausgehen. Und dieses ständige Zurückweichen der Führer der SPOe vor der OeVP hat schließlich dazu geführt, daß heute Raab bereits den Angriff auf die verstaatlichten Betriebe ankündigen kann.

Solange die Führer der SPOe jede Herausforderung der OeVP mit ihrer unerschütterlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Schwarzen beantworten und gleichzeitig die Hetze gegen Links verschärfen, solange werden die OeVP und die Reaktion ihre Vorstöße gegen die Arbeiterschaft nur noch mehr verstärken.

Johann Koplenig auf einer Wählerversammlung am 25. April 1956



Die Sozialisten sollen nicht die Illusion haben, daß ein sozialistischer Bundeskanzler von Gnaden der Koalition der Repräsentant einer Arbeitermehrheit wäre.

Was ist das für eine „Arbeitermehrheit“, in der die Arbeiter nicht imstande sind, sich mit ihren Forderungen durchzusetzen, in der sogar die Abgeordneten an den Koalitionspakt mit der Partei des Kapitals gebunden sind? Was ist das für eine „Arbeitermehrheit“, deren Inhalt nicht der Kampf gegen den Kapitalismus, sondern der Kampf gegen die Kommunisten ist? Was ist das für eine „Arbeitermehrheit“, die nicht die Einigung der Arbeiterklasse, sondern die Verständigung mit Raab und Kamitz, mit Graf und Gorbach zum Ziel hat? Die Arbeiterklasse hat den Achtstundentag, das allgemeine Wahlrecht und andere Errungenschaften ohne parlamentarische Mehrheit erkämpft. Die parlamentarische Mehrheit kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich auf den Kampf der Arbeiterklasse außerhalb des Parlaments stützt.

Man kann die Volkspartei nicht schlagen, wenn man durch einen Pakt mit dem Kapital die Kräfte der Arbeiterklasse bindet. Mit Raab und Kamitz gemeinsam gibt es keine sozialistische Politik.

(Aus einem Referat Ernst Fischers auf der Plenartagung des ZK der KPÖ im April 1956)

der Habsburger-Rückkehr und mit jener "harten" Politik, die eine unverkennbare Wiederholung der berüchtigten "Dollfuß-Strasse" ist? Wieso?

Die Ursachen sind die gleichen, die zur blutigen Niederschlagung der österreichischen Arbeiter im Februar 1934 führten: sie liegen in der Politik der Führer der SPÖ!

Unübersehbar ist ihr Schuldkonto: Sie zogen der kämpferischen Einheit der Arbeiterklasse, wie sie die Februarkämpfer verwirklichten, das Paktieren mit der Partei der Kapitalisten, mit der ÖVP, vor. Sie trugen sogar durch aktive Mithilfe bei der Gründung des VdU - des Vorläufers der FPÖ - zur Legalisierung des Neofaschismus in der Zweiten Republik bei. Sie zogen jenen Olah groß, der sich bei ihnen seine Sporen als Unternehmer-Büttel gegen die Arbeiter (Oktoberstreik 1950) verdiente. Sie hielten die Arbeiterklasse mit allen Mitteln vom Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion ab und verbündeten sich mit dieser gegen die Kommunisten. Heute wie damals ist die ganze Politik der SPÖ-Führer das Paktieren und Kapitulieren auf Kosten der Arbeiterschaft!

Der SP-Minister und Vizekanzler Pittermann als oberster Chef der verstaatlichten Industrie hat es zugelassen, daß das Rax-Werk planmäßig zugrundegerichtet wurde. Er hat dem Verkauf zugestimmt. Er hat der Entlassung hunderter Arbeiter seinen Segen gegeben.

Der SP-Minister Broda hat es zugelassen, daß im Prozeß gegen den ersten Arbeitermörder der 2. Republik Antifaschisten wegen "Befangenheit" als Geschworene abgelehnt wurden. Er hat aber in keinem einzigen Fall nach der Nazi-Vergangenheit von Geschworenen auch nur nachforschen lassen.

Der SP-Minister Helmer bürgerte den belgischen SS-Mann Verbelen ein, der in Belgien wegen bestialischer Verbrechen zum Tod verurteilt wurde. Er behütete die als "Schiller-Feier" getarnte Nazi-Demonstration und ließ demonstrierende Antifaschisten niederknüppeln. Sein Nachfolger, der SP-Minister Czettel, ließ die Polizei aber tatenlos zusehen, als Nazis über demonstrierende Antifaschisten herfielen und einen von ihnen - unseren unvergeßlichen Genossen Kirchwegger - totschlugen!

Diese SP-Führer empfehlen sich jetzt, vor den Wahlen, als ein Schutz vor den Reaktionären der ÖVP! Und sie werden sogar auch schon von den revisionistischen Führern der KPÖ als Barriere gegen das Erstarken der Reaktion empfohlen!

Doch alle Erfahrungen der 1. und 2. österreichischen Republik beweisen: Das Erstarken der Reaktion ist die unmittelbare Folge der Politik der SP-Führer! Sie sind daher kein Schutz vor der Reaktion, sondern bestenfalls ein morsches Geländer, das umso rascher nachgibt, je mehr man sich darauf zu stützen versucht.

Die SPÖ als Schutz vor der Reaktion empfehlen, das heißt alle Lehren des 12. Februar 1934 in den Wind zu schlagen. Nur auf den entschlossenen Kampf konnten die Arbeiter im Februar 1934

ihre Hoffnungen setzen, nur auf ihre eigene Kraft konnten sie sich verlassen. Damals war es leider schon allzu spät, als daß diese Erkenntnis die Niederlage noch hätte verhindern können. Heute ist es noch nicht - noch nicht - zu spät, der Reaktion den Weg zu versperren. Die Arbeiterklasse muß sich auf ihre eigene Kraft besinnen, sie muß sich auf den Kampf orientieren - darin liegt letzten Endes auch der Sinn der Kandidatur der Arbeiterliste MLÖ bei den kommenden Wahlen.

POLIZEI-MANIEREN !

o-o

Zu dem schlichten Februar-Gedenken, über das wir vorstehend berichten, hat sich merkwürdigerweise auch die Polizei und die Wiener Gemeindeverwaltung bemüht, einen ihnen gemäßen Beitrag zu leisten.

Es begann damit, daß man dem Vertreter der "Arbeiterliste MLÖ", als er die Veranstaltung zeitgerecht und ordnungsgemäß anmelden wollte, bei den zuständigen Behörden erklärte, der "zuständige Beamte" sei leider nicht erreichbar, man könne also erst in den folgenden Tagen über eine Bewilligung zur Durchführung der Veranstaltung Auskunft geben. 48 Stunden vor der Gedenkfeier kam dann die Auskunft: dem einreichenden Genossen wurde telefonisch und ohne Angabe von Gründen mitgeteilt, daß eine Bewilligung nicht erfolgen könne.

Die Veranstaltung, zu der inzwischen schon die Einladungen ergangen waren, wurde selbstverständlich dennoch durchgeführt. Sie fand vor dem stilgerechten Hintergrund zweier Polizeiautos und einer Menge von Polizisten und "Kiberern" statt.

Wir verstehen natürlich, daß der SP-Führung jede Erinnerung an den 12. Februar 1934 unangenehm ist und daß ihr auch die Existenz der Arbeiterliste MLÖ ein Dorn im Auge ist. Aber ist das schon ein stichhältiger Grund für administrative Schikanen und für ein solches Polizeiaufgebot?

Leider ereigneten sich in den letzten Tagen zwei weitere Vorfälle, die noch skandalöser sind und eine direkte Behinderung der Wahlwerbung durch die Polizei darstellen. In zwei Fällen verhinderten Polizeibeamte bzw. Funkstreifen die Verteilung von Wahlaufrufen der Arbeiterliste MLÖ, obwohl diese Verteilung nicht nur rechtmäßig angemeldet und bewilligt worden war, sondern unsere Aktivisten auch die behördliche Erlaubnis vorweisen konnten, auf der Zeit und Ort der Aktion ausdrücklich angeführt war!

Es kommt aber noch besser: Als der zustellungsbevollmächtigte Vertreter der Arbeiterliste MLÖ am 17. Februar bei den zuständigen Behörden wegen dieser willkürlichen und gesetzwidrigen Behinderung protestierte, leistete sich ein Beamter - ein Herr Dr. Wagner - die provokatorische Frage, ob es denn in Albanien erlaubt sei, Flugzettel zu verteilen! Nun, wir wollen Herrn Wagner weder für den Marxismus-Leninismus gewinnen, noch bei ihm Demokratie-Unterricht nehmen. Aber was soll seine Frage? Träumt er davon, die österreichische Wirklichkeit nach jenem verlogenen Zerrbild einzurichten, welches die antikommunistische Hetzpresse nicht nur von Albanien, sondern von allen Ländern der Volksmacht zeichnet?

Und was sollen überhaupt solche Polizeistaats-Methoden? Ist es Absicht der maßgeblichen Herren, die von ihnen selber ausgestellten behördlichen Bewilligungen für einen wertlosen Fetzen Papier zu erklären, auf den man genausogut auch verzichten kann, womit man sogar auch eine Menge Zeit und Stempelmarken ersparen könnte?

Präsentiert den Preistreibern die Rechnung

Sonntag: den richtigen Stimmzettel gegen die Teuerung

Das gilt heute so wie 1962 - auch wenn es jetzt nicht mehr in der "Volksstimme" steht!

AUS DEN ORGANISATIONEN

SIE ZIEHEN DIE KONSEQUENZ :

Aus Olbendorf im südlichen Burgenland hat uns die Nachricht erreicht, daß eine größere Gruppe von Genossen, praktisch das ganze Aktiv der Ortsorganisation, die KPÖ aus Protest gegen deren revisionistische Politik verlassen hat. Auf unser Ersuchen haben uns die Genossen den Text ihrer Austrittserklärung zur Verfügung gestellt, welche die Unterschrift von 8 Genossen aus Olbendorf und von 2 weiteren Genossen aus der engeren Umgebung trägt.

Wir veröffentlichen die Erklärung der Olbendorfer Genossen im vollen Bewußtsein, daß alles getan werden muß, damit sie ihre bisherige politische Arbeit als aufrechte Kommunisten nicht nur fortführen, sondern noch wirkungsvoller gestalten können! Ihr Austritt aus der KPÖ kann nur eine Maßnahme sein, der die eigentliche, die große und positive Aufgabe der Neubildung einer wirklich marxistisch-leninistischen Organisation, so bald als möglich folgen soll. Selbstverständlich wird die "Rote Fahne" den Olbendorfer Genossen, denen unser kommunistischer Gruß gilt, dabei alle ihr mögliche Hilfe erweisen.

DIE REDAKTION

An das
Zentralkomitee der KPÖ
Wien 20.,
Höchstädtplatz 3

Olbendorf, im Jänner 1966

Als klassenbewußte Arbeiter traten wir vor vielen Jahren der KPÖ bei, weil in dieser Partei der einzig richtige Platz für uns revolutionäre Arbeiter war. In all diesen Jahren gaben wir innerhalb dieser Partei unser Bestes für die Sache der Partei und des Sozialismus.

In der letzten Zeit mußten wir jedoch mit immer größer werdender

Pittermann: Bedingungslos für Zusammenarbeit

Die vorstehende Schlagzeile stammt aus dem Zentralorgan der SPÖ, der "Arbeiter-Zeitung" vom 14. November vorigen Jahres, und faßt das Kommentar zusammen, das der SPÖ-Vorsitzende Pittermann im österreichischen Radio über jenes "Programm für Österreich" gab, für das die SPÖ jetzt um Wählerstimmen wirbt.

Zum selben Thema veröffentlichte "Weg und Ziel", das theoretische Organ der KPÖ, im März 1959 die nebenstehende überaus aktuelle Stellungnahme.

Es ist ganz offensichtlich: weder die politische Situation noch die bedingungslose Koalitionsbegeisterung der SP-Führung (d.h. aber ihre unbedingte Kapitulationsbereitschaft!) hat sich geändert. Geändert hat sich bloß die KPÖ.

Wozu dann SP wählen?

Nationalrat Migsch schrieb in der Grazer „Neuen Zeit“ am 28. Jänner: „Selbst wenn bei den Wahlen 1959 ein Erdrutsch einträte, der uns Sozialisten die Mehrheit gäbe, würden wir die ÖVP zur Mitarbeit in der Regierung einladen und unsere politische Arbeit so ausrichten, daß der ÖVP die Mitarbeit auch ermöglicht wird.“

Dieses unbedingte Bekenntnis zur Koalition, das von der SPÖ bei jeder Wahl wiederholt wird, trägt viel dazu bei, daß der Erdrutsch — ausbleibt. Denn es verstärkt bei den Wählern die Erkenntnis, daß eine Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb der beiden Koalitionsparteien nichts daran ändert, daß alle Beschlüsse einstimmig im Koalitionsausschuß gefaßt werden, in dem beide Parteien gleich stark vertreten sind. Die „politische Arbeit so ausrichten“ — d. h. praktisch, auf eine konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen zu verzichten.

Besorgnis feststellen, wie die Führung der KPÖ immer weiter nach rechts geht und versucht, aus der KPÖ ein Anhängsel der SPÖ zu machen. Dafür gibt es konkrete Beispiele, wie z.B. die Aufforderung, für die SPÖ zu stimmen. Auf dem 19. Parteitag wurde ein Programm des Revisionismus angenommen; nach diesem Programm soll es möglich sein, friedlich zum Sozialismus zu kommen. Welch ein Unsinn! Marx und Lenin würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie das wüßten.

Die Führung der KPÖ hat alles übernommen, was der Renegat und Revisionist Chruschtschow dahergeredet hat, und auch die schmutzigen Beschuldigungen gegen den toten Genossen Stalin gutheißen.

Wir wissen, wie oft die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse verraten hat und wie sie dem Kapitalismus die Mauer macht. Wir wollen nicht zur Erhaltung des Kapitalismus beitragen. Wir lassen uns nicht zu Sozialdemokraten umerziehen!

Deshalb sehen wir, die Unterzeichneten, uns gezwungen, aus der KPÖ auszutreten.

Wenn es auch noch einige Zeit dauern wird - aber die Ideen von Marx, Engels, Lenin und Stalin werden auf der ganzen Welt siegen!

Es lebe der gerechte Kampf der Arbeiterklasse!

Es leben die alten und neuen revolutionären Kräfte der ganzen Welt!

Adolf Pelzmann e.h.

Franz Heschl e.h.

Maria Kinbrink e.h.

Anton Zimmerl e.h.

Franz Weber e.h.

Franz Weber jun. e.h.

Rudolf Wagner e.h.

Josef Frey e.h.

Franz Schöckler e.h.

Josef Pfeiffer e.h.

Solidarität mit den Raxwerk-Arbeitern !

Am Montag, den 14. Februar, führte die Redaktion der "Roten Fahne" in Wien einen Solidaritäts-Tafelmarsch für die Raxwerk-Arbeiter durch. Die Tafeln, deren Losungen vor allem an die Pflicht der ÖGB-Führung gemahnten, den kämpfenden Raxwerk-Arbeitern mit all den großen Mitteln und Möglichkeiten des Gewerkschaftsbundes zur Seite zu stehen, fanden bei den zehntausenden Wienern, die eben von ihren Arbeitsstätten heimkehrten, große Beachtung und vielfache Zustimmung. Der Zug bewegte sich von der ÖGB-Zentrale in der Hohenstaufengasse über den Ring und die Herrengasse zum Schwarzenbergplatz und von dort zur Gewerkschaft der Metallarbeiter in der Plößlgasse, wo unmittelbar vorher noch Verhandlungen mit einer Delegation der Raxwerk-Arbeiter stattgefunden hatten.

Eine erwähnenswerte Episode ereignete sich auf der Freyung, wo einer der rasch zur "Begleitung" des Zuges aufgebotenen Polizisten an einen Genossen die Frage richtete, was er sich denn von so einer Demonstration verspreche. Der Genosse erwiderte, es könne doch niemand gleichgültig bleiben, wenn hunderte Arbeiter auf die Straße geworfen werden, nur damit man einen verstaatlichten Betrieb billig ans Privatkapital verschachern kann; da müsse doch die Öffentlichkeit alarmiert und die arbeitende Bevölkerung zur Solidarität mit diesen Arbeitern aufgerufen werden! - Der Polizist, ein noch junger und nicht unsympathischer Typ, hörte sich die Argumente amüsiert an und

sagte dann lächelnd: "Sehen Sie - und je mehr Arbeiter entlassen werden, umso sicherer ist mein Arbeitsplatz bei der Polizei!"

Der Mann hat nicht unrecht! Er versteht vom Klassenkampf offenbar mehr als alle Revisionisten zusammengenommen. Ob man diese Weitsicht wohl in der Polizeischule lernt?

Einige Tage vor der Solidaritätsaktion in Wien begab sich eine Delegation der "Roten Fahne" nach Wiener-Neustadt, um den Raxwerk-Arbeitern eine bescheidene Unterstützung zu überbringen. Die Delegation, die sehr herzlich empfangen wurde, übermittelte dem Betriebsrat und den kämpfenden Arbeitern einen Brief, den wir nachstehend abdrucken. Zugleich veröffentlichen wir das Flugblatt der Raxwerk-Arbeiter, um dessen möglichst weite Verbreitung wir ersucht wurden.

" R O T E F A H N E "

Wien 15., Goldschlagstraße 64

Wien, am 9. Februar 1966

An den
Betriebsrat der
RAX-WERKE
Wiener-Neustadt

Werte Kollegen!

Seit Monaten verfolgen wir mit den Gefühlen enger proletarischer Verbundenheit Euren mutigen Kampf, in dem wir eine Sache der ganzen österreichischen Arbeiterschaft erblicken, da er - weit über die Aufgabe der Sicherung Eurer Arbeitsplätze und sozialen bzw. betrieblichen Rechte hinaus - ein Kampf zur Verteidigung der verstaatlichten Betriebe gegen die heimtückischen Versuche ihrer Ruinierung und Verschacherung an das in- und ausländische Kapital ist.

Um unsere Solidarität nicht nur mit Worten, sondern auch mit einer praktischen Tat zu bezeugen, haben wir bei einer unserer Zusammenkünfte eine Solidaritätsaktion durchgeführt, die einen Betrag von

S 1.080,- (eintausendundachtzig)

erbrachte, den zu übernehmen und für die Zwecke Eures Kampfes zu verwenden wir Euch ersuchen.

Es ist uns klar, daß es sich um einen überaus bescheidenen Betrag handelt. Nehmt ihn aber bitte als Ausdruck unserer kämpferischen Verbundenheit mit Euch, als Zeichen unseres Bemühens, an der Seite der Arbeiterklasse zu stehen, wo immer sie kämpft. In dem Maß, als unsere Kräfte wachsen, wird auch unsere politische und materielle Hilfe wesentlicher sein können.

Wir wünschen Euch aus ganzem Herzen vollen Erfolg in Eurem Kampf und bitten, insbesondere jenen Kollegen, die sich im Hungerstreik befinden, unsere Solidarität auszudrücken.

Mit proletarischem Gruß

f.d.Red.

Franz Strobl e.h.

Die Rax-Werk-Arbeiter sprechen zu Ihnen:

Die Belegschaft des Rax-Werkes in Wiener Neustadt hat Montagabend ihren Sitzstreik wieder aufgenommen, der in den letzten Wochen des vergangenen Jahres die Sympathien der arbeitenden Menschen in ganz Österreich gefunden hat.

Wir Rax-Werk-Arbeiter wenden uns an Sie mit dem Ersuchen, uns in unserem Kampf zu unterstützen und Solidarität zu üben, die heute notwendiger ist denn je — nicht nur in unserem Interesse, sondern im Interesse aller.

Was wollen wir mit unserer Kampfkraft erreichen?

Entgegen allen Versprechungen hat der Vorstand des Simmering-Graz-Pauker-Konzerns die Kündigung aller Arbeiter und Angestellten unseres verstaatlichten Betriebes beschlossen.

Die Annahme von Aufträgen, durch die unser Betrieb wirtschaftlich gesichert wäre, wird uns seit Monaten von der Leitung unseres Betriebes untersagt.

Monatlang hat man uns gezwungen, ohne Beschäftigung zu sein. Das hat dem österreichischen Staat ohne jede Notwendigkeit viele Millionen Schilling gekostet.

Jetzt will man uns auf die Straße werfen und den Betrieb liquidieren. Wir verlangen die Rücknahme der Kündigungen und die Aufhebung des Verbots, Aufträge annehmen zu dürfen.

Wir wollen arbeiten — im Rax-Werk, im Rahmen der verstaatlichten Industrie.

In Zeiten der Hochkonjunktur hat auch unser Betrieb Lebensberechtigung.

Was ist das Rax-Werk?

Unser Betrieb besteht seit mehr als hundert Jahren in Wiener Neustadt. Wir waren Pioniere auf dem Gebiet des Lokomotivbaues. Wir erzeugen rollendes Material aller Art. Unser Betrieb ist hervorragend qualifiziert für den Maschinen-, Kessel- und Stahlbau. Das Rax-Werk besitzt eine der größten Werkshallen Mitteleuropas und ist technisch gut ausgestattet.

Die Schließung unseres Unternehmens ist sachlich durch nichts gerechtfertigt. Das Rax-Werk ist lebensfähig.

Wir Arbeiter haben nach 1945 unsere Werkshallen und Maschinen aus dem Bombenschutt — Wiener Neustadt war die am meisten zerstörte Stadt Österreichs — ausgegraben und die Produktion wieder in Gang gebracht. Bei der Übergabe aus der sowjetischen Verwaltung hatten wir Aufträge für mehr als ein Jahr und Rücklagen von mehr als 17 Millionen Schilling.

Alle Voraussetzungen für eine blühende Fortentwicklung unseres Betriebes waren gegeben. **Dafß es mit unserem Betrieb sowohl kommen konnte, ist die Schuld der Gegner der Verstaatlichung in der Leitung unseres Unternehmens.** Sie haben unseren Betrieb systematisch heruntergewirtschaftet, ohne dabei auf sich zu vergessen. **Einer der Generaldirektoren wurde mit 800.000 Schilling abgefertigt. Mit 53 Jahren erhält er nun eine monatliche Pension von 13.000 Schilling.**

Für die Manager Riesenbeträge, für die Arbeiter und Angestellten die Kündigung! — Wir führen einen gewerkschaftlichen Kampf.

Am Mittwoch, dem 9. Februar, fand in Wiener Neustadt eine Betriebsrätekonferenz statt. **Die Konferenz faßte einstimmig den Beschluß, im Falle der Kündigung von 295 Arbeitskollegen des Rax-Werkes in den Streik zu treten.**

Auch die ÖGB-Bezirksleitung wird in einer Sitzung zu den Beschlüssen der Metallarbeiter Stellung nehmen, um von ihrer Seite aus weitere Kampfmaßnahmen zu beschließen.

Unterstützt uns in unserem Kampf, der auch der Eure ist!

Der Betriebsrat des Rax-Werkes

2000 Kilometer durch Albanien

Von Georg Höhenecker, Innsbruck

Albanien ist ein kleines Land, aber eine Schatzkammer, die für jeden, der das Land bereist, etwas zu bieten hat. Für den Badelustigen gibt es ebenso Überraschungen wie für den Kunstliebhaber oder den Natur- und Bergfreund.

So gestaltete sich unsere dreiwöchige Reise mit dem PKW durch Albanien sehr abwechslungsreich. Auf der ganzen Fahrt begleitete uns ein herrlich blauer Himmel und für unsere Begriffe war es sommerlich warm, obwohl es November war.

Das Wasser am Sandstrand von Durrës hatte eine Temperatur von 25 Grad Celsius. Zwei Tage blieben wir zunächst in dieser schönen Stadt. Wir unternahmen am Vormittag Spaziergänge durch die Stadt und waren nachmittags am Meeresstrand, der sich unmittelbar vor dem Hotel hinzieht. Dann ging es weiter in Richtung Süden, denn zum Baden sollten wir noch reichlich Gelegenheit haben. Vorerst ging es nach Vlora, wo es neben einem flachen Sandstrand auch noch eine steile Felsenküste gibt - also je nach Geschmack.

Unterwegs nach Vlora besuchten wir in Lushnja eine Weinbau-Kooperative. Die Genossen luden uns ein, in einer schattigen Laube Platz zu nehmen und wir wurden mit Produkten der Genossenschaft reichlich bewirtet. Es gab Nüsse, Mandeln, verschiedene Traubensorten und anderes Obst, natürlich auch Weine. Die Laube steht auf einer kleinen Anhöhe, sodaß wir eine schöne Aussicht ins Tal hatten. Die Genossen erzählten uns, daß vor der Befreiung das ganze weite Talbecken Sumpfgebiet

ZUM THEMA "DRAHTZIEHER"

In Wien wurde im Wahlkreis V auch eine Liste unter der Bezeichnung „Arbeiterliste der Marxisten-Leninisten Österreichs“ eingereicht, die nur zwei Namen trägt. Die Drahtzieher dieses Spaltergruppchens selbst kandidieren nicht.

Nach längerer Zeit hat es der "Volksstimme" wieder einmal einige Worte über uns herausgestoßen. Angesichts der offiziellen Mitteilung über die bei den kommenden Wahlen kandidierenden wahlwerbenden Gruppen mußte sie wohl oder übel auch eine Bemerkung über uns

fallen lassen - sie sieht ihr ähnlich. (Siehe nebenstehendes Faksimile aus der "Volksstimme" vom 15. Februar 1966).

Dazu zunächst eine Klarstellung: die Arbeiterliste MLÖ trägt nicht bloß zwei, sondern mehr als 250 Unterschriften, obwohl nicht alle eingelangten Unterschriften abgegeben wurden. Bloß bei der Zahl der Kandidaten haben wir nicht diesen etwas belustigenden Aufwand getrieben, den die KPÖ in dem Wahlkreis für notwendig fand, in dem sie kandidiert.

Weiters begrüßt es das leitende Kollektiv der österreichischen Marxisten-Leninisten, daß die "Volksstimme" ihre frühere falsche Version, diese Kommunisten würden von irgendwoher gegängelt bzw. gezogen, jetzt offenbar fallengelassen hat. "Drahtzieher" sind doch wohl Herren ihrer Entscheidungen und insofern zweifellos in einer besseren Position als Genosse Muhri, den wir keinesfalls als "Drahtzieher" bezeichnen würden.

Doch ganz ohne Ironie: Bei bürgerlichen und verbürgerlichten (auch bei den revisionistischen) Parteien sind Wahlkandidaten im allgemeinen wirklich nur Marionetten, derer man sich zur Täuschung der Massen (sei es durch demagogisches Geschick, durch Schönrederei, sogenannte "Volkstümlichkeit" oder auch nur durch ein photogenes Gesicht und ein Zahnpasta-Lächeln) bedient, während die Drahtzieher im Hintergrund sitzen. Bei uns Kommunisten aber, bei denen, für die der Marxismus-Leninismus weiterhin Richtschnur und Kompaß ihrer Politik ist, ist das grundsätzlich anders. Da gibt es keine Marionetten und daher auch keine "Drahtzieher"!

Nebenbei: Beide Kandidaten der Arbeiterliste MLÖ haben sich bekanntlich von den Revisionisten getrennt, eben weil sie nicht bereit waren, Marionetten zu werden! Will die "Volksstimme" das leugnen?

war und hier besonders die Malaria wütete. Keine Familie war verschont geblieben, viele Familien sind durch die Malaria sogar ausgestorben. Die Volksregierung aber stellte Geld und Mittel zur Verfügung, um die Sümpfe trockenzulegen und sie in fruchtbares Ackerland zu verwandeln. Heute gibt es nicht nur in Lushnja, sondern in ganz Albanien weder Sümpfe noch Malaria.

So wie für die Entwässerung, so sorgte die Volksregierung, wo es notwendig war, auch für die Bewässerung. Durch Anlegen von Talsperren, Kanälen und Aquädukten kann zum großen Teil das kostbare Naß, das aus den nahen Bergen kommt, auf die Felder geleitet werden. So konnte im Jahr 1965, in dem es fünf Monate hindurch nicht regnete, eine katastrophale Austrocknung des Bodens verhindert und eine gute Ernte erzielt werden.

Durch jahrtausendlange Ausbeutung und Schlägerungen der Wälder, die Albanien ursprünglich bedeckten, sind die Berge später verkarstet. Auf der ganzen Fahrt durchs Land konnten wir aber nicht nur großangelegte Aufforstungen beobachten, sondern wir sahen auch, wie die Berghänge mit hunderttausenden jungen Olivenbäumchen bepflanzt wurden. Das sind Arbeiten, die erst nach Jahrzehnten spürbaren Nutzen bringen, daher wäre die Finanzierung solcher Arbeiten für private Unternehmer uninteressant - für eine Volksregierung aber haben sie Vorrang.

Unsere Fahrt führte über eine gute Asphaltstraße durch viele Bauerndörfer und gestattete auch einen kurzen Besuch der Stadt Fieri. Überall sahen wir neue Wohn- und Fabriksbauten.

In Vlora besuchten wir eine Zementfabrik, der eine Eternitrohr- und -Plattenfabrik angeschlossen ist. Die Arbeiter brauchen hier keine Platten in die Hand zu nehmen, denn alles ist automatisiert. Die Maschinenausrüstung stammt aus der Volksrepublik China. Wie wir erfahren konnten, werden in Albanien mit der brüderlichen Hilfe der VR China gegenwärtig 12 modernste Fabriken gebaut. Wir hatten Gelegenheit, fünf davon zu besichtigen: eine Sodafabrik, ein riesiges Textilkombinat, eine Papierfabrik und eine Fabrik für elektrische Kupferdrähte. Alle diese Fabriken sind mit den modernsten, automatisch arbeitenden Maschinen ausgestattet.

Durch die rasche Industrialisierung des Landes und durch den Bau von Krankenhäusern, Schulen und Wohnungen wird natürlich sehr viel elektrischer Strom gebraucht. Albanien ist ein Gebirgsland und hat große Wasserkraft-Reserven. Diese Reserven müssen daher in raschem Tempo erschlossen werden. Im Norden des Landes sahen wir die Wasserkraftwerke "Karl Marx" und "Friedrich Engels". Riesige Turbinen werden durch das Wasser, das aus einem großen Stausee zugeleitet wird, angetrieben. Ein weiteres Wasserkraftwerk sahen wir im Süden des Landes. Es hat eine Kapazität von 110 Millionen KWh im Jahr und wurde ausschließlich von albanischen Fachkräften entworfen und erbaut. Wir sprachen mit dem Chefingenieur des Werkes, Genossen Napolon, der sehr gut deutsch kann. Er erzählte uns, daß dies seine erste große Arbeit war. Das Wasserkraftwerk ist erst 1965 fertiggestellt worden. Mit dem Abwasser soll noch ein zweites Werk betrieben werden, das sich noch im Bau befindet. Durch ein weitverzweigtes Kanalsystem soll das Wasser verteilt und schließlich zur Bewässerung auf die Felder geleitet werden.

Als wir uns von Genossen Napolon verabschiedeten, fragten wir, ob er nach der Vollendung des zweiten Werkes als Chefingenieur hierzubleiben gedenke. Bescheiden antwortete er: "Ich bin jung und hoffe, noch sehr viele solche Werke bauen zu dürfen!"

Die Fahrt von Vlora nach dem Süden ist übrigens sehr romantisch. Das Befahren der oft sehr schmalen Straße, die sich in zahlreichen Windungen und Kurven die Steilküste entlangzieht, erfordert viel Aufmerksamkeit und Geschick. Dabei passierten wir herrliche Buchten und hatten wunderschöne Ausblicke aufs Jonische Meer. Abwechselnd sahen wir kleine Dörfer, die wie Schwalbennester an den Felsen kleben, dann wieder schöne Olivenhaine, Orangen- und sogar Bananenkulturen.

In einer kleinen Bucht des Jonischen Meeres erblickten wir ein malerisches Städtchen: Seranda. Fast alle seine Häuser sind neu. Unser Dolmetsch stellte uns den Sekretär des Parteikomitees vor. Genosse Theofan Kajo sprach sehr gut italienisch,

sodaß wir uns auf Grund eigener Italienisch-Kenntnisse während einiger Spaziergänge sehr gut und herzlich unterhalten konnten. Ohne Dolmetscher geht die Verständigung doch flüssiger vor sich. So oft wir uns über soziale Probleme unterhielten, konnte ich nun feststellen, welche gewaltige Vorwärtsentwicklung es auch auf diesem Gebiet in dem ehemals so rückständigen Albanien gegeben hat. Manche soziale Errungenschaft, für die die österreichische Arbeiterklasse jahrzehntelang hart gekämpft hat, wurde hier von der Volksmacht unmittelbar nach der Befreiung verwirklicht.

Es gibt in Seranda, das 8.000 Einwohner zählt, vier Krankenhäuser. An einem chirurgischen Block wird noch gebaut. Aufenthalt und Pflege in den Krankenhäusern Albaniens ist übrigens für die gesamte Bevölkerung kostenlos. Bettenmangel wie bei uns gibt es hier nicht mehr. Während der Krankheit wird der Lohn weiterbezahlt.

In Seranda gibt es viele Fischer, denn sowohl das Meer als auch der große Butrint-See zeichnen sich durch Fischreichtum aus. Aber auch eine moderne Landwirtschaft konnte sich hier entwickeln, nachdem durch die Trockenlegung großer Sumpfgebiete fruchtbares Ackerland gewonnen wurde. Wir besuchten z. Bsp. eine junge Plantage mit 80.000 Orangenbäumen.

Das warme Klima, die immer strahlende Sonne geben gute Perspektiven für den Touristenverkehr, und außerdem gibt es in der Nähe noch eine weltbekannte Kostbarkeit für den Kunstliebhaber: die Stadt Butrint. Bei herrlichem Sonnenschein fuhren wir mit dem Motorboot die romantische Felsenküste entlang und passierten die Straße von Korfu. Nach einer Stunde Fahrt schwenkte das Boot in den Butrintsee ein, der durch einen Kanal mit dem Meer verbunden ist - und schon sahen wir auf einem Hügel die Mauern der berühmten antiken Stätte. Die Gründung Butrints soll mit der Zerstörung Trojas in Zusammenhang stehen; die ersten Spuren einer Ansiedlung gehen auf das achte und siebente Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung zurück. Grabungen brachten hier eine Anzahl von architektonisch hochinteressanten Denkmälern wie das Theater, den Tempel von Asklepi, Bäder, eine Reihe von Wohnhäusern und wunderschöne Skulpturen ans Licht. Das sozialistische Albanien legt größtes Gewicht darauf, solche Kulturdenkmäler zu erhalten und naturgetreu zu restaurieren. Wie wir sehen konnten, wurden sowohl hier in Butrint als auch in Gjirokastra und Pojani von Spezialisten in großem Umfang Restaurierungsarbeiten durchgeführt. So wurde die alte Burg in Butrint völlig wiederhergestellt und in ein großes Museum umgewandelt, in dem archäologische Funde ausgestellt werden.



Immer mehr modernste Wohnkomplexe
verändern das Gesicht des alten
TIRANA

Unser nächstes Ziel war die historische Stadt Gjirokastra. Sie liegt im Tal der Drina, am Fuß und Abhang des "Breiten Berges" und besitzt eines der berühmtesten geschichtlichen Denkmäler Albaniens, eine mächtige Burg. Der Gebäudekomplex mit seinem Labyrinth von Gängen und Räumen bildet ein wahres Museum des Mittelalters, die Grundmauern der Burg stammen aber wohl schon aus der Antike. Der Name Gjirokastra leitet sich wahrscheinlich vom illyrischen Stamm der Argyrer her, die hier ihren Sitz hatten.

Über eine Kette von Bergen, durch Täler und Schluchten, ging unsere Fahrt weiter nach Berat. Auch hier bildet eine alte Burg auf dem Berghügel das Wahrzeichen der

Stadt. Im Hintergrund erhebt sich kulissenartig der mächtige Rücken des Tomorri mit seinen über 2.400 Metern Höhe. Nicht weit von hier liegt Qytetit Stalin - Stalinstadt - wo wir eine Erdölraffinerie und einen Betrieb besichtigten, der mit den modernsten Drehbänken aus Volkschina ausgestattet ist.

Nach einigen Tagen Zwischenaufenthalt in Durres und Tirana machten wir schließlich noch einen Abstecher nach dem Norden des Landes, nach Shkodra, wo wir zwei landwirtschaftliche Genossenschaften und die schon genannten Betriebe besuchten. Auch hier fehlt nicht die schon von weitem sichtbare alte Burg. Sie hat eine 3.000-jährige Geschichte und bietet großartige Ausblicke auf den Shkodrasee und auf die Stadt, die ebenfalls durch viele Industrie- und Wohnhausbauten ein neues Gesicht bekommt. Auffallend sind in Shkodra auch die vielen bunten und verschiedenartigen Volkstrachten.

Die letzten Tage unserer Reise nutzten wir in Tirana, der Hauptstadt Albaniens, durch ausgedehnte Spaziergänge durch die vielen neuen Wohnviertel der Stadt und in ihrer Umgebung. Wir besuchten vielerlei Kulturzentren, das Museum der Revolution, das Volkstummuseum und das Kunstlyzeum, sahen zwei Opernvorstellungen und erlebten im großen Sportpalast ein chinesisch-albanisches Turnfest. Der Eintrittspreis bei allen diesen Veranstaltungen ist für österreichische Begriffe erstaunlich niedrig.

Die Zeit verging sehr rasch. Allzubald war die Stunde des Abschieds gekommen. Wir waren mehr als 2.000 Kilometer durch das Land gefahren und hatten unvergeßliche Eindrücke gesammelt. Ein Mitglied des Zentralkomitees der albanischen Partei verabschiedete sich von uns namens der albanischen Genossen mit brüderlicher Herzlichkeit. Diese aus tiefem und echtem proletarischen Internationalismus kommende Herzlichkeit und die alles übertreffende Gastfreundschaft der Albaner hat uns auf der ganzen Fahrt durch ihr wunderbares Land begleitet.

Wenn ich nun daheim über das Gesehene und Erlebte Betrachtungen anstelle, so ist mein größter Eindruck die fast unvorstellbare Fülle von Arbeit, die ein Volk von wenig mehr als eineinhalb Millionen Menschen in so kurzer Zeit geleistet hat. Vor 20 Jahren war Albanien noch das rückständigste Land Europas. Aber dieses kleine Volk hat nicht nur die äußeren Feinde, die Faschisten Italiens und Deutschlands, in heroischem Kampf besiegt, sondern nahm mit den Waffen des Marxismus-Leninismus auch den Kampf gegen solche jahrhundertealte innere Feinde wie Hunger, Malaria und Rückständigkeit auf - und siegte.

Wie viel anders sind dagegen noch die Verhältnisse in den Nachbarstaaten Albaniens! Durch den Einfluß des internationalen Finanzkapitals in der Wirtschaft dieser Länder ist dort das Volk nach wie vor den Launen der kapitalistischen Wirtschaft ausgesetzt und kann sich nur schwer von fremder Ausbeutung und eigener Rückständigkeit befreien. Die heutige albanische Jugend hat keine Vorstellung mehr davon, was Arbeitslosigkeit ist - im benachbarten Italien und Griechenland, aber auch in Jugoslawien, weiß man es nur zu gut. 80.000 Jugoslawen müssen Arbeit und Brot im Ausland suchen - allein 20.000 davon in Österreich -, weil ihre Heimat sie ihnen nicht bieten



Maschinenhalle im Textilkombinat "J. W. Stalin" in Tirana

kann. Albanien sehnt sich nach der Zeit, da es zwei- oder dreimal soviel schaffende Hände haben wird als heute.

Das albanische Volk - diese Gewißheit nimmt jeder Besucher von dort mit - wird seine schwer erkämpfte Freiheit richtig nützen und seine Heimat, seine stolze Gegenwart und seine große Zukunft, vor Imperialismus und Revisionismus zu schützen wissen.

DOKUMENTE - DOKUMENTE - DOKUMENTE - DOKUMENTE

Tatsachen über den chinesisch-kubanischen Handel

VORBEMERKUNG der Redaktion der "Roten Fahne":

Zu der von der antikommunistischen und revisionistischen Presse hochgespielten Frage der chinesisch-kubanischen Handelsbeziehungen, über die eine Menge falscher Behauptungen in Umlauf gebracht wurden, hat die Volksrepublik China am 10. und am 31. Jänner d. J. in ausführlichen und sachlichen Erklärungen des zuständigen Beamten des Außenhandelsministeriums der VR China Stellung genommen. Wir entnehmen den deutschen Text dieser informativen Erklärungen den Nummern 3 und 6 der deutschsprachigen Wochenschrift "Peking Rundschau" (18. Jänner 1966 und 8. Februar 1966), die zum Jahresabonnementspreis von S 100,- über das Postamt Wien 1151, Postfach 82, bestellt werden kann.

Es erübrigt sich, zu unterstreichen, daß die sehr konkreten Stellungnahmen der offiziellen chinesischen Stellen sowohl von der bürgerlichen als auch von der revisionistischen Presse totgeschwiegen wurden.

Von einem zuständigen Beamten des Außenhandelsministeriums Chinas

Der Ministerpräsident Kubas Fidel Castro benützte die Gelegenheit der anlässlich der Feier des 7. Jahrestages der Befreiung Kubas am 2. Januar in Havanna abgehaltenen Massenversammlung zu einer langen Erklärung über Handelsprobleme zwischen China und Kuba. Um der Klarheit willen ersuchte ein Korrespondent der Nachrichtenagentur Hsinhua einen zuständigen Beamten des Außenhandelsministeriums Chinas um ein Sonderinterview zu dieser Frage. Am 10. Januar veröffentlichte „Renmin Ribao“ den ganzen Wortlaut des Interviews und die Erklärungen von Ministerpräsident Castro. Nachfolgend geben wir den vollen Wortlaut des dem Hsinhua-Korrespondenten erteilten Interviews. — Die Red.

Frage: In seiner Rede an die Massenversammlung vom 2. Januar sagte Ministerpräsident Fidel Castro, das Handelsvolumen zwischen China und Kuba werde sich im Jahre 1966 gegenüber demjenigen von 1965 verringern, und die chinesischen Exporte nach Kuba werden „einen während der Handelsjahre 1961 bis 1965 nie erreichten Tiefstand“ erreichen. Könnten Sie uns über die chinesisch-kubanischen Handelsverhandlungen für 1966 Aufschluß geben?

Antwort: Die Delegation des kubanischen Außenhandelsministeriums unter der Führung des Genossen

Ismael Bello, Direktor der Abteilung für Handel mit den sozialistischen Ländern Asiens beim kubanischen Außenhandelsministerium, ist am 10. November 1965 in Peking eingetroffen und hat mit einer gleichrangigen Delegation des chinesischen Außenhandelsministeriums Vorverhandlungen über den chinesisch-kubanischen Handel für 1966 aufgenommen. Diese Verhandlungen sind gegenwärtig noch im Gange.

Nach einem Bericht der Delegation unseres Ministeriums wird das Handelsvolumen zwischen China und Kuba für das Jahr 1966, welches die beiden Delegationen vorläufig vereinbart haben, kleiner als dasjenige von 1965 sein. Trotzdem wird es die Handelsvolumen von 1962 und 1963 übertreffen und ungefähr mit demjenigen von 1964 übereinstimmen. Ministerpräsident Castro sagte, daß die chinesischen Exporte nach Kuba „einen während der Handelsjahre 1961 bis 1965 nie erreichten Tiefstand“ erreichen werden. Das entspricht nicht den Tatsachen. Jedes Land legt das Volumen seines Außenhandels unter Berücksichtigung seiner jeweils bestehenden wirtschaftlichen Situation fest. Deshalb ist das Volumen des internationalen Handels auch häufigen Schwankungen unterworfen. Dies trifft auch für das Handelsvolumen zwischen China und Kuba während der letzten Jahre zu. Dieses Volumen war 1961 relativ hoch, fiel 1962 und 1963 zurück, erhöhte

sich 1964 und nochmals 1965. Wenn sich das Volumen 1966 wieder verringert, ist das ganz normal.

Im Handel zwischen sozialistischen Ländern unterstützen sich diese gegenseitig; außerdem werden die Warenaustausche gemäß den gegenseitigen Bedürfnissen und Ausfuhrmöglichkeiten getätigt. Bei bilateralen Handelsaustauschen kommt es oft vor, daß eine der Parteien die Bedürfnisse der andern nicht befriedigen kann. Diese Situation bestand während der Handelsverhandlungen der vergangenen Jahre zwischen China und Kuba, und sie besteht auch während der laufenden Verhandlungen. Wir sind außerstande, die Nachfrage Kubas nach einigen Waren zu befriedigen, und Kuba befindet sich uns gegenüber in derselben Lage. Im Laufe der gegenwärtigen Verhandlungen ersuchte uns die kubanische Delegation, im Jahre 1966 285 400 Tonnen Reis nach Kuba zu liefern. Der Umfang dieser Lieferung würde denjenigen der jährlichen Reislieferungen, die Kuba während der letzten Jahre von uns erhalten hat und die sich jeweils zwischen 120 000 und 135 000 Tonnen bewegten, um das Doppelte übertreffen. Obwohl wir 1965 eine relativ gute Getreideernte erzielt haben, genügen unsere Vorräte nicht, um unsere eigenen Bedürfnisse in verschiedenen Gebieten einschließlich der Hilfe, die wir andern Ländern gewähren, zu decken. Im Laufe der Verhandlungen mit der Delegation des kubanischen Außenhandelsministeriums hat unsere Delegation, nachdem sie unsere Schwierigkeiten klar dargelegt hatte, sehr große Anstrengungen unternommen und Kuba für 1966 eine Reislieferung von 135 000 Tonnen angeboten. Diese Offerte entspricht unseren Reislieferungen im Jahre 1964. Die kubanischen Genossen kennen diese Tatsachen sehr gut.

Frage: Ministerpräsident Castro sagte, er habe angeboten, zwei Tonnen kubanischen Zucker gegen eine Tonne chinesischen Reis zu tauschen. Er sagte weiter, er habe dabei an eine Gültigkeitsdauer dieser Austausche „auf lange Sicht“ gedacht. Könnten Sie uns zusammenfassend erklären, wie sich die Dinge zugetragen haben?

Antwort: Am 1. Oktober 1964 unterbreitete Ministerpräsident Castro unserem Botschafter in Kuba, Genossen Wang You-ping, einen Vorschlag und erwähnte, daß sich Kuba einen jährlichen Austausch von 370 000 Tonnen Zucker gegen 250 000 Tonnen chinesischen Reis erhoffe. Das von ihm vorgeschlagene Austausch-Verhältnis betrug 1,5 Tonnen Zucker gegen 1 Tonne Reis, und nicht 2 Tonnen kubanischen Zucker gegen 1 Tonne chinesischen Reis, wie Ministerpräsident Castro in seiner Rede vom 2. Januar erklärt hat. Die chinesische Regierung hat dieses Angebot des Ministerpräsidenten Castro seinerzeit sorgfältig geprüft und sich einverstanden erklärt, im Jahre 1965, und nur in diesem Jahr, 250 000 Tonnen Reis nach Kuba zu liefern; aber sie hat nicht versprochen, in späteren Jahren ebensoviel zu liefern, und hat das von Ministerpräsident Castro angebotene Austausch-Verhältnis für Zucker und Reis nicht angenommen. Der Wert der 1965 von China gelieferten 250 000 Tonnen Reis wurde nach dem gültigen vertraglichen Tarif festgesetzt; der Preis des Zuckers entsprach demjenigen, der im Vertrag zwischen den

beiden Parteien vereinbart worden war. Demzufolge wurde eine Tonne kubanischer Zucker gegen 1,12 Tonnen chinesischen Reis ausgetauscht.

Am 24. Oktober 1964 händigte Botschafter Wang You-ping dem Genossen Pelegrin Torras, amtierender Außenminister Kubas, ein Memorandum aus, worin die chinesische Regierung zum Angebot von Ministerpräsident Castro, Zucker gegen Reis auszutauschen, Stellung nahm. Dieses Memorandum enthielt die Zusage Chinas, im Jahre 1965 250 000 Tonnen Reis nach Kuba zu liefern, sowie die Bestätigung, daß diese Lieferung in das Protokoll des chinesisch-kubanischen Handels für 1965 aufgenommen werde. Ferner wurde darin betont, daß sich der Zuckerpreis nach dem Tarif im diesbezüglichen, beiderseitig unterzeichneten Vertrag richten werde, und daß der Reispreis demjenigen des internationalen Marktes entsprechen werde. Alle diese Tatsachen können mit Dokumenten belegt werden.

Ein langfristiges Abkommen über jährliche chinesische Reislieferungen von 250 000 Tonnen nach Kuba wurde von den beiden Regierungen nie unterzeichnet. Nach der Antwort Chinas auf das Angebot von Ministerpräsident Castro wurde von den kubanischen Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten und für Außenhandel bei ihren Fühlungen mit der Botschaft Chinas in Kuba auch nie verlangt, daß China während längerer Zeit jährlich 250 000 Tonnen Reis nach Kuba liefern sollte. Die Handelsdelegation der kubanischen Regierung unter der Führung des Genossen Raul Maldonado, stellvertretender kubanischer Außenhandelsminister, hat diese Frage ebenfalls nicht aufgeworfen, als sie im Dezember 1964 nach Peking kam, um mit der chinesischen Regierung über das langfristige Handelsabkommen 1965-1970 und das Protokoll des Handels für 1965 zwischen den beiden Regierungen zu verhandeln und sie zu unterzeichnen. Daraus geht klar hervor, daß Ministerpräsident Castros Ansicht, wonach China während längerer Zeit jährlich 250 000 Tonnen Reis nach Kuba zu liefern habe, jeder Grundlage entbehrt.

Frage: Ministerpräsident Castro hat in seiner Rede ebenfalls die Frage der Kuba von China zugesagten Kredite für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Handel berührt. Als die kubanische Delegation während der Verhandlungen über den Handel für 1966 vorschlug, Kubas Handelsdefizit gegenüber China durch den Kredit für wirtschaftliche Zusammenarbeit auszugleichen, sagte er, „habe die chinesische Delegation geantwortet, die Verwendung der wirtschaftlichen Kredite falle nicht in ihren Kompetenzbereich, sondern müsse auf Regierungsebene bereinigt werden.“ Wie verhält es sich tatsächlich?

Antwort: Am 30. November 1960 haben die chinesische und die kubanische Regierung ein Abkommen für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1960-1965 unterzeichnet, welches vorsieht, daß die chinesische Regierung der Regierung der Republik Kuba einen zinslosen Kredit in der Höhe von 240 Millionen alte Rubel (60 Millionen amerikanische Dollars) gewährt, ohne jegliche Bedingung anzuknüpfen oder irgendwelche Vorrechte zu verlangen. Gemäß den Vereinbarungen dieses Abkommens

sollte dieser Kredit in Form von vollständigen Einrichtungen und technischer Unterstützung geleistet werden, um Kuba bei seinem wirtschaftlichen Aufbau zu helfen. Ein solcher Kredit kann nicht mit Handelskrediten verglichen werden. Wenn die kubanische Seite diesen Kredit zu andern Zwecken benutzen wollte, hätte das Problem auf Regierungsebene erörtert und bereinigt werden müssen. So wurde beispielsweise 1965 nach Verhandlungen zwischen der chinesischen und der kubanischen Regierung ein Teil des Kredites für wirtschaftliche Zusammenarbeit (15 Millionen amerikanische Dollars) zur Tilgung des kubanischen Handelsdefizites gegenüber China im betreffenden Jahr verwendet.

Während der Vorverhandlungen über den Handel 1966 hat die kubanische Delegation vorgeschlagen, einen Teil der Restsumme dieses Kredites zur Ausgleichung seines Handelsdefizits gegenüber China für 1966 zu verwenden. Dieser Vorschlag könnte geprüft werden. Da aber dieses Problem das Abkommen für wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder berührt und gemäß der zwischen unseren Ministerien bestehenden Arbeitseinteilung in den Kompetenzbereich der chinesischen Kommission für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland gehört, hat unsere Delegation der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich die zuständigen kubanischen Behörden an diese Kommission wenden werden. Diese Antwort erscheint uns sehr vernünftig. Kuba hat aber bis zum heutigen Tag noch keine Verbindung zur chinesischen Kommission für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland aufgenommen. Statt dessen hat Ministerpräsident Castro diese Frage in seiner Rede erwähnt und getan, als ob China sich geweigert hätte, den kubanischen Vorschlag zu besprechen. Das entspricht nicht der Wahrheit.

Frage: Ministerpräsident Castro hat den Inhalt der chinesisch-kubanischen Vorverhandlungen über den Handel 1966 der Öffentlichkeit preisgegeben. Wie denken Sie darüber?

Antwort: Gemäß der üblichen Praxis für Handelsverhandlungen zwischen China und Kuba werden zunächst die Vorverhandlungen zwischen beiden Ländern in Peking geführt, worauf sich eine Delegation der chinesischen Regierung nach Havanna begibt, um das Jahres-

protokoll offiziell zu unterschreiben. Gegenwärtig befindet sich die Delegation des kubanischen Außenhandelsministeriums noch in Peking, die Vorverhandlungen gehen weiter, und das Jahresprotokoll ist noch nicht endgültig unterschrieben. Sollte die kubanische Regierung andere Ansichten vertreten oder andere Wünsche vorzubringen haben, könnte sie diese Probleme sehr leicht der chinesischen Regierung unterbreiten. Im Gegensatz zu dieser Praxis hat jedoch Ministerpräsident Castro einen Weg eingeschlagen, der in normalen Beziehungen zwischen Staaten gar nicht üblich ist. Anlässlich der zur Feier des 7. Jahrestages der Befreiung Kubas organisierten Massenversammlung in Havanna hat Ministerpräsident Castro in einseitiger und unwahrheitsgemäßer Weise den Inhalt der gegenwärtig von den zuständigen Ministerien der beiden Länder geführten Vorverhandlungen über den Handel öffentlich breitgeschlagen. Dazu können wir nur unser Bedauern ausdrücken.

Jahr für Jahr hat es Handelsverhandlungen zwischen China und Kuba gegeben, und Jahr für Jahr hat es dabei Meinungsverschiedenheiten über das oder jenes gegeben. In früheren Jahren hat jedoch Ministerpräsident Castro nie in dieser Weise gehandelt. Wieso hat er nun am Vortage der Eröffnung der Solidaritätskonferenz der Völker der drei Kontinente in Havanna plötzlich solch einen ungewöhnlichen Schritt unternommen? Man ist gezwungen, darüber ernsthaft nachzudenken.

Der zuständige Beamte des chinesischen Außenhandelsministeriums hat abschließend erklärt: Seit dem Sieg der kubanischen Revolution waren die Beziehungen zwischen China und Kuba immer sehr freundschaftlich. Das chinesische Volk hat dem heroischen Kampf des kubanischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus immer hohe Achtung gezollt und diesen Kampf als wirksame Unterstützung seiner eigenen Sache betrachtet. Wir sind überzeugt, daß der Standpunkt und die brüderlichen Gefühle des chinesischen Volkes beim kubanischen Volk auf Verständnis stoßen werden, und daß die tiefe Freundschaft, die zwischen beiden Völkern im gemeinsamen Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus entstanden ist, sich trotz aller Hindernisse weiterentwickeln und erstarken wird.

Am 12. Januar veröffentlichte die „Granma“, Organ der Kommunistischen Partei Kubas, die Antwort des kubanischen Außenhandelsministeriums auf die Äußerungen eines zuständigen Beamten des chinesischen Außenhandelsministeriums anlässlich eines Interviews vom 9. Januar mit einem Korrespondenten der Nachrichtenagentur Hsinhua (Siehe „Peking Rundschau“ Nr. 3, 1966). In seiner Antwort versuchte das kubanische Außenhandelsministerium sein möglichstes, um die Erklärung von Ministerpräsident Fidel Castro bezüglich des chinesisch-kubanischen Handels, die er anlässlich seiner Rede vom 2. Januar abgegeben hat, in Schutz

zu nehmen, und erklärte, die Äußerungen des zuständigen Beamten des chinesischen Außenhandelsministeriums seien „unverständlich“.

In diesem Zusammenhang interviewte ein Hsinhua-Korrespondent wiederum den zuständigen Beamten des chinesischen Außenhandelsministeriums, der die nachstehenden Erklärungen abgab. (Am 31. Januar veröffentlichte die „Renmin Ribao“ diese Erklärungen und den vollen Inhalt der in der „Granma“ erschienenen Antwort des kubanischen Außenhandelsministeriums vom 12. Januar.) — Die Red.

Das chinesische Außenhandelsministerium hat die Antwort des kubanischen Außenhandelsministeriums sorgfältig geprüft, und wir sind der Ansicht, daß diese Erklärungen der kubanischen Seite der Beantwortung der wichtigsten Frage, die ich in meinen Erklärungen vom 9. Januar aufgeworfen habe, aus dem Weg gegangen ist. Diese Frage lautet: Warum hat Ministerpräsident Castro plötzlich am Vortag der Eröffnung der Solidaritätskonferenz der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas den Inhalt der chinesisch-kubanischen Vorverhandlungen über den Handel für 1966 in einseitiger und unwahrheitsgemäßer Weise der Öffentlichkeit preisgegeben, obwohl diese Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind und die kubanische Regierung der chinesischen Regierung sehr leicht allfällige andere Ansichten oder besondere Wünsche hätte unterbreiten können? Statt auf diese Kernfrage einzugehen, beantwortet das kubanische Außenhandelsministerium mit langen Erklärungen nebensächliche Fragen. Aber auch darin entspringen die vorgebrachten Argumente einem spitzfindigen Denken und sind vollkommen unhaltbar.

Nehmen wir ein Beispiel. Das kubanische Außenhandelsministerium behauptet, gemäß dem Handelsvolumen für 1966, das von den Delegationen der Außenhandelsministerien der beiden Länder während der Vorverhandlungen festgesetzt worden sei, würde der Gesamtwert der chinesischen Exporte nach Kuba einen seit 1961 nie erreichten Tiefstand erleben. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Selbstverständlich kann ein derartiger Vergleich nur gemacht werden, indem man das von beiden Delegationen vorverhandelte Handelsvolumen für 1966 denjenigen, die in den vergangenen Jahren zwischen beiden Regierungen vereinbart wurden, gegenüberstellt; ein anderer Vergleich wäre unlogisch. Gemäß den Angaben über Import und Export, die in den Beilagen zu den jährlich von beiden Regierungen unterzeichneten Handelsprotokollen enthalten sind, betragen die jährlichen Volumina des chinesisch-kubanischen Handels seit 1961 folgende Werte (Einheit: 1 Million Pesos)

Jahr	Chinesische Exporte nach Kuba	Kubanische Exporte nach China	Gesamthandelsvolumen
1961	108,00	98,00	206,00
1962	62,00	80,00	142,00
1963	77,61	70,77	148,38
1964	95,11	81,11	176,22
1965	127,00	97,00	224,00
1966	(84,50)	(84,00)	(168,50)

(Die Werte für 1966 entsprechen dem vorverhandelten Volumen)

Sogar wenn man die jeweils von den beiden Delegationen vorverhandelten Volumina als Vergleichsbasis betrachtet, geht aus obigen Angaben klar hervor, daß der Gesamtwert der chinesischen Exporte nach Kuba für 1966 sich zwar gegenüber dem von 1965 verringert, jedoch diejenigen von 1962 und 1963 übertrifft und somit nicht der Niedrigste seit 1961 ist. Diese Angaben beruhen auf Tatsachen, und das kubanische Außenhandelsministerium hätte zu denselben Ergebnissen gelangen können, wenn es sich die Mühe genommen hätte, die Beilagen zu den alljährlich von Vertretern der beiden Regierungen unterzeichneten Handelsprotokollen einzusehen. Das kubanische Außenhandelsministerium hat jedoch eine statistische Tabelle unter Zuhilfenahme von Angaben aus drei verschiedenen Bereichen aufgestellt. Die Angaben für 1961-1964 entsprechen den tatsächlichen Jahreswerten der chinesisch-kubanischen Importe und Exporte; für 1965 wurden die Zahlen den Beilagen des Handelsprotokolls dieses Jahres entnommen, während die Angaben für 1966 dem von den Delegationen der Außenhandelsministerien der beiden Länder vorverhandelten Volumen entsprechen. Wie kann man eine genaue Aufstellung über die Zu- oder Abnahme des chinesisch-kubanischen Handelsvolumens machen, wenn man dazu Angaben benützt, die auf drei verschiedenen Grundlagen errechnet wurden?

Ad zwei: das kubanische Außenhandelsministerium gibt sich alle erdenkliche Mühe, mittels schwerverständlicher Berechnungen zu beweisen, daß die Behauptungen von Ministerpräsident Castro hinsichtlich des Austausches von zwei Tonnen kubanischem Zucker gegen eine Tonne chinesischen Reis „absolut der Wahrheit entsprechen“. Dieser Rechtfertigungsversuch mutet etwas lächerlich an. Tatsächlich hat es im chinesisch-kubanischen Handel nie einen Austausch von zwei Warengattungen nach einem festgesetzten Austauschverhältnis gegeben. Der Warenaustausch der beiden Länder umfaßt jährlich über tausend Warengattungen einschließlich Zucker und Reis, wobei der Preis jeder Warengattung immer separat festgesetzt wurde. Die Frage des Austausches einer Ware mit einer anderen hat sich demnach nie gestellt. Erst nachdem Ministerpräsident Castro am 1. Oktober 1964 vorgeschlagen hatte, Zucker gegen Reis auszutauschen, wurde der Ausdruck „Austauschverhältnis zwischen Zucker und Reis“ geprägt. Ministerpräsident Castro schlug damals vor, 1,5 kg kubanischen Zucker gegen ein Kilogramm chinesischen Reis auszutauschen. China erklärte sich jedoch mit diesem Vorschlag nicht einverstanden. Diese Tatsachen gehen eindeutig aus den schriftlichen Unterlagen hervor. Trotz aller Berechnungen und Argumente kann das

kubanische Außenhandelsministerium nichts an der Tatsache ändern, daß die kubanische Seite der chinesischen Seite niemals vorgeschlagen hat, zwei Tonnen Zucker gegen eine Tonne Reis auszutauschen.

Drittens erklärt das kubanische Außenhandelsministerium, es habe sich für die kubanische Seite erübrigt, „um einen Kredit nachzusuchen“, da ja die Delegation des chinesischen Außenhandelsministeriums gesagt habe, das von China vorgeschlagene Handelsvolumen für 1966 könne nicht erhöht werden, und die Handelsbilanz zwischen China und Kuba müsse ausgeglichen sein. Diese Behauptung ist entstellend. Die Delegationen der Außenhandelsministerien der beiden Länder führen die Vorverhandlungen. Es ist selbstverständlich, daß diese Delegationen das maximale Handelsvolumen nur im Rahmen ihres Mandates, das sie für die Vorverhandlungen erhalten haben, vorschlagen können. Was die Ausgeglichenheit der Handelsbilanz anbetrifft, ist diese ein grundlegendes Prinzip der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, das in den Protokollen über den chinesisch-kubanischen Handel der vergangenen Jahre ausdrücklich festgelegt wurde. Aber das schließt die Möglichkeit der Benützung von Krediten zur Tilgung von Defiziten, die möglicherweise im Handel zwischen beiden Ländern entstehen können, nicht aus. Diese Möglichkeit wurde von Kuba während der vergangenen Jahre ausgenutzt. Im Laufe der gegenwärtigen Vorverhandlungen hat die Delegation unseres Ministeriums einerseits auf das Prinzip der Ausgeglichenheit der Handelsbilanz hingewiesen, andererseits der kubanischen Seite vorgeschlagen, sich für die Benützung des für wirtschaftliche Zusammenarbeit bestimmten Kredites mit den zuständigen chinesischen Behörden in Verbindung zu setzen. Statt diesen Schritt zu unternehmen, versuchte die kubanische Seite, uns die Verantwortung zuzuschieben. Eine derartige Handlungsweise kann niemanden überzeugen. Es drängt sich hier eine Frage auf: Wieso handelt Kuba dieses Jahr nicht wie in den vergangenen Jahren?

Außerdem erklärt das kubanische Außenhandelsministerium, daß die kubanische Regierung ihrem Volk infolge der während der Vorverhandlungen von China herabgesetzten Reislieferungen sagen mußte, daß die Reirration pro Kopf und Monat von Januar 1966 an von sechs auf drei Pfund reduziert werden muß. Dazu muß natürlich vor allem bemerkt werden, daß die Festsetzung von monatlichen Reirrationen für die kubanische Bevölkerung eine Angelegenheit ist, die nur die kubanische Regierung etwas angeht. Da aber das kubanische

Außenhandelsministerium dieses Problem mit dem chinesisch-kubanischen Handel in Verbindung gebracht hat, sehen wir uns gezwungen, zu den uns betreffenden Fragen Stellung zu nehmen.

Soweit uns bekannt ist, begann Kuba 1962, den Reis mit einer Quote von sechs Pfund pro Kopf und Monat zu rationieren. In jenem Jahr exportierte China 120 000 Tonnen Reis nach Kuba. In den Jahren 1963 und 1964 belieferte China Kuba jährlich mit 135 000 Tonnen, die Reirration für die kubanische Bevölkerung erfuhr jedoch keine Änderung. 1965 verdoppelte China seine Reislieferungen nach Kuba nahezu, ohne daß die Reirration für die Kubaner deswegen höher geworden wäre. Es stimmt, daß die chinesischen Reisexporte nach Kuba für 1966 gemäß den vorverhandelten Mengen geringer als 1965 sein werden; sie werden aber diejenigen von 1962 übertreffen und das Niveau von 1963 und 1964 erreichen. Wie kann man angesichts dieser Tatsachen willkürlich die Herabsetzung der Reirration für die kubanische Bevölkerung mit der Frage des chinesisch-kubanischen Handels in Verbindung bringen?

Falls die kubanische Seite wirklich auf Grund von Schwierigkeiten in ihren Außenbeziehungen aufrichtig hoffte, 1966 ein größeres Quantum von Reis von China zu erhalten, hätte sie diese Frage sehr leicht bei Verhandlungen auf höherer Ebene aufwerfen können, wie sie es in den vergangenen Jahren getan hat. Sie hat jedoch, während die Vorverhandlungen zwischen den Delegationen der Außenhandelsministerien der beiden Länder noch im Gange sind, in einseitiger und unwahrheitsgemäßer Weise den Inhalt dieser Verhandlungen der Öffentlichkeit preisgegeben und die Verantwortung für die Herabsetzung der Reirration China zugeschoben. Diese Handlungsweise läßt die Vermutung zu, daß die kubanische Seite damit andere Ziele verfolgt.

Abschließend hat der zuständige Beamte des chinesischen Außenhandelsministeriums erklärt: Während der Verhandlungen über den chinesisch-kubanischen Handel in den vergangenen Jahren sind jedes Mal einige Fragen aufgetreten, aber es wurden auch alljährlich für beide Seiten zufriedenstellende Resultate erzielt. Wir hoffen aufrichtig, daß sich das kubanische Außenhandelsministerium die Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem kubanischen Volk zu Herzen nehmen wird und mittels freundschaftlicher Verhandlungen zu einer glatten Abwicklung der Verhandlungen über den Handel für 1966 beitragen wird.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz S t r o b l, Wien 15., Goldschlagstr. 64

P.b.b.

Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt Wien 101